

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2011



Wirtschaftspolitische Tausendsassas

Die Politik, so scheint es in den letzten Wochen und Monaten, sieht sich immer öfter immer stärker zum Handeln gezwungen. Mal muss sie einen neuen Rettungsplan für Banken entwerfen, der die Geldhäuser vor der Pleite schützt. Mal muss sie der Automobilindustrie zeigen, wie Autos mit Elektroantrieb ihren Weg auf den Markt und zu den Käufern finden. Die vermeintlich solide Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens – Krankheit und Alter – muss nahezu permanent nachjustiert werden, ebenso der korrekte Kurs zur Erfolg versprechenden Kinderbetreuung. Auch die Nachbarn im Haus Europa sollen selbstverständlich angemessen mit Rat und Tat versorgt sein. Diese Liste lässt sich beliebig fortführen. Es gibt viel zu tun für jemanden, der sich in der Ökonomie genauso gut auszukennen glaubt wie in der Politik. Dazu eine Prise Alternativlosigkeit, das Ganze mediengerecht in Szene gesetzt: Fertig ist der wirtschaftspolitische Tausendsassa.

Freiheitlich gesinnte Menschen beschleicht angesichts solcher Überlegungen ein eher ungutes Gefühl. Ist es denn tatsächlich möglich, dass Die Ergebnisse und Folgen millionenfacher Einzelentscheidungen und -reaktionen durch die Politik vorausbedacht werden können? Zweifelsohne wollen die politischen Entscheider nur das Beste für ihre Bürger. Doch erreichen sie das durch ihr kontinuierliches Einmischen in nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens?

Über Politik, die sich zu sehr einmischt, hat sich vor beinahe 250 Jahren der schottische Moralphilosoph Adam Smith ausgelassen. In seinem Buch „Der Wohlstand der Nationen“ steht: „Ein Staatsmann, der versuchen sollte, Privatleuten vorzuschreiben, was sie mit ihrem Kapital tun sollen, würde sich damit nicht nur eine Last aufbürden, sondern sich zugleich eine Autorität anmaßen, die ... nirgendwo so gefährlich wäre wie in der Hand desjenigen, der, dumm und dünkelfhaft genug, sich auch noch für fähig hielt, sie ausüben zu können.“

Andreas Schirmer

Cappuccino-Kartell

Das Bundeskartellamt hat Mitte Oktober wieder einmal Geldbußen verhängt. Diesmal sollen zwei Hersteller von Instant-Cappuccino (Kraft Foods Deutschland und Krüger) rund neun Millionen Euro Strafe bezahlen.

Die Firma Melitta kommt straffrei davon. Sie hatte sich selbst angezeigt und das Verfahren in Gang gebracht. Für das Unternehmen gilt die sogenannte Kronzeugenregelung. Kraft Foods erhielt für die Kooperation bei der Aufklärung eine reduzierte Geldbuße.

Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes, erläuterte, dass in Telefongesprächen zwischen leitenden Mitarbeitern der Unternehmen Umfang und Zeitpunkt von Preiserhöhungen besprochen wurden. Die abgestimmten Preiserhöhungen bezogen sich sowohl auf den Abgabepreis als auch auf die unverbindliche Preisempfehlung – als Kürzel UVP bekannt –, die die Hersteller dem Einzelhandel vorgeben.

Die Geldbuße gegen Kraft Foods ist rechtskräftig; ihr ging eine einvernehmliche Verfahrensbeendigung voraus. Die Firma Krüger kann gegen den Bußgeldbescheid noch Einspruch einlegen.

<http://goo.gl/rKs03>

Minijobber gezählt

Im Jahr 2010 arbeiteten knapp fünf Millionen Menschen in

Deutschland ausschließlich in einem sogenannten Minijob, das heißt, sie verdienen mit ihrer Tätigkeit nicht mehr als 400 Euro im Monat. Hinzu kamen weitere 2,5 Millionen Menschen, die einen Minijob als Nebenjob ausführen. Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn der Minijobber belief sich auf knapp 300 Euro.

Wie die Bundesregierung in der Bundestagsdrucksache 17/6986 erläutert, waren zehn Prozent der Minijobber Rentner, elf Prozent Studenten und sieben Prozent Schüler. Zudem waren in erster Linie Frauen in Minijobs tätig, sie stellten Ende 2010 mit 63 Prozent beinahe zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten.

Über die Verteilung nach Wirtschaftszweigen konnte die Bundesregierung nur Angaben in Bezug auf die Nebentätigkeiten geben: Die meisten Menschen in Mini-Nebenjobs (420 000) waren im Handel beschäftigt.

<http://goo.gl/3ohH3>

Berufsaussichten für Studierende

Rund 10 000 Absolventen des Prüfungsjahrgangs 2009 wurden in einer Untersuchung gut ein Jahr nach dem Examen über ihre berufliche Situation befragt. Das Ergebnis laut Institut für Hochschulforschung: Die Arbeitslosenquote liegt sowohl für Fachhochschul- als auch für Universitätsabsolventen nach einem Jahr bei vier

Prozent. Bachelor-Absolventen sind sogar noch seltener arbeitslos (drei Prozent Fachhochschule bzw. zwei Prozent Universität). Die aktuelle Studie belegt, dass den meisten Absolventen der Berufseinstieg gut gelingt und im Vergleich zum vier Jahre zuvor befragten Jahrgang 2005 noch besser ausfällt.

Im Vergleichszeitraum sind auch die Einstiegsgehälter gestiegen. Nachdem das durchschnittliche Jahresgehalt der Absolventen vor vier Jahren noch rund 33 000 Euro betrug, verdienen sie jetzt im Durchschnitt 37 250 Euro (FH) bzw. 37 500 Euro (Uni). Zwischen den Fachrichtungen unterscheiden sich die Einkommen deutlich. Spitzenverdiener sind die Mediziner (knapp 50 000 Euro), Absolventen geisteswissenschaftlicher Fächer starten dagegen mit rund 27 000 Euro pro Jahr ins Erwerbsleben.

77 Prozent der Bachelors von Universitäten (53 Prozent von Fachhochschulen) haben ein Jahr nach dem Abschluss ein weiteres Studium – üblicherweise ein Masterstudium – aufgenommen. Bachelor-Absolventen, die nicht weiterstudieren, gelingt der Berufsstart überwiegend gut, vor allem bei FH-Bachelors. Nur sieben Prozent der erwerbstätigen Bachelors arbeiten ein Jahr nach dem Abschluss in Positionen, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus liegen. Die Starteinkommen liegen mit durchschnittlich 33 650 Euro – trotz kürzerer Regelstudienzeit – nur etwa zehn Prozent unter denen der FH-Absolventen mit Diplom.

www.his.de/pdf/pub_fh/fh-201117.pdf

Wettbewerbsfähigkeit von Staaten?

„Griechenland ist nicht wettbewerbsfähig.“ Diesen Satz liest man häufig, wenn die Ursachen der griechischen bzw. der europäischen Schuldenkrise begründet und dargestellt werden. Doch was ist damit gemeint, wenn ein Land für „nicht wettbewerbsfähig“ erklärt wird?

In Berichten und Kommentaren wird fehlende Wettbewerbsfähigkeit von Staaten oft am sogenannten Leistungsbilanzdefizit festgemacht. In der Leistungsbilanz eines Landes werden vor allem Exporte und Importe gegenübergestellt. Der Saldo dieser Bilanz wird ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gesetzt, damit sich die Zahlen international vergleichen lassen.

Zu einem Leistungsbilanzdefizit kommt es, wenn mehr ausländische Waren im Inland gekauft werden als heimische Produkte im Ausland abgesetzt werden können: Die Einfuhren (Importe) übertreffen die Ausfuhren (Exporte). Staaten mit einem Handelsbilanzüberschuss, bei denen also die Exporte die Importe übertreffen, gelten dagegen als wettbewerbsfähig.

Wettbewerb, Konkurrenz oder Rivalität?

Doch ist der Terminus „Wettbewerbsfähigkeit“ überhaupt auf Staaten anwendbar? Im ökonomischen Fachjargon bezeichnet Wettbewerb „die Rivalitätsbeziehung zwischen verschiedenen Wirtschaftssubjekten um ökonomischen Erfolg auf dem Markt“. Einfacher gesagt: Unternehmen stehen zueinander in Konkurrenz um die Verbrauchergunst. Wettbewerb findet dabei nur zwischen Firmen statt, die die-

selben Produkte verkaufen bzw. dieselben Bedürfnisse befriedigen. Verschiedene Autobauer konkurrieren miteinander, verschiedene Lebensmittelproduzenten ebenfalls. Autohersteller und Lebensmittelproduzenten befinden sich mit ihren Produkten dagegen nicht im direkten Wettbewerb. Davon losgelöst gilt, dass beide Unternehmen um Arbeitskräfte und Kapital konkurrieren, und dass Konsumenten einen Euro nur einmal ausgeben können: entweder für ein Auto oder fürs Essen.

Wettbewerbsfähig ist ein Unternehmen, wenn es dauerhaft ausreichend zahlende Kunden findet und Gewinne erwirtschaftet. Dies ist allerdings kein statischer Zustand: Wettbewerb ist ein ständiger Wettstreit um Konsumenten; nur ständiger Fortschritt sichert bleibenden Markterfolg. Wettbewerb ist somit Treiber für technologische und betriebswirtschaftliche Neuerungen, mit denen sich Unternehmen von ihren Konkurrenten abheben wollen. Wettbewerb sorgt in einer Marktwirtschaft zudem dafür, dass über kurz oder lang alle Bevölkerungsteile an den Innovationen teilhaben. Dabei bewährt sich Wettbewerb als „Entdeckungsverfahren“ (Friedrich August von Hayek). Durch das Zusammenspiel unzähliger Anbieter und Nachfrager auf

dem Markt werden Bedürfnisse aufgedeckt und bedient; dieses Wissen hat kein noch so gut besetztes Politiker- oder Expertengremium. Kurz: Wettbewerb liefert ein einzigartiges Verfahren zur Entdeckung der effizientesten Versorgungsmethode.

Nicht wettbewerbsfähig ist ein Unternehmen dagegen, wenn es nicht genügend zahlende Kunden findet und deswegen keinen Gewinn oder gar Verluste macht. Finden die Unternehmenslenker keinen Ausweg aus dieser Situation, kommt es zur Pleite. Das Ausscheiden aus dem Markt – immanenter Bestandteil von Wettbewerb – wirkt als disziplinierendes Entmachtungsinstrument zugunsten der Verbraucher und setzt als „schöpferische Zerstörung“ (Joseph A. Schumpeter) sogar Mittel für neue unternehmerische Vorhaben frei.

Wettbewerb zwischen Staaten

Damit ist klar: Das Konzept des Wettbewerbs bzw. der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich nicht auf Staaten oder Volkswirtschaften übertragen. Zum einen existieren Staaten – im Gegensatz zu Unternehmen – auch nach einer Pleite weiter. Zum anderen sind Staaten auch Anbieter und Nachfrager auf den unterschiedlichsten Märkten: So stehen deutsche und kore-



„Wettbewerbsfähigkeit ist in Bezug auf nationale Volkswirtschaften ein sinnloser Begriff. Zudem ist die Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit sowohl falsch als auch gefährlich.“

Paul Krugman

anische Autobauer zwar im Wettbewerb, gleichzeitig werden aber auch deutsche Autos nach Korea exportiert und umgekehrt.

Die begriffliche Ablehnung eines „Wettbewerbs der Staaten“ heißt nicht, dass es keine staatlichen Einflüsse auf Unternehmen im internationalen Wettbewerb gibt. Vor allem ordnungspolitische Rahmenbedingungen und die dazugehörige Wirtschaftspolitik beeinflussen die Wettbewerbsstärke der Unternehmen. Darüber hinaus nimmt die Politik vielfältig Einfluss auf einzelne Unternehmen oder Branchen, zum Beispiel in Form von Subventionen und Regulierungen.

Der Staat beeinflusst die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von einheimischen Unternehmen auf internationalen Märkten. Diese hängt vor allem vom Wechselkurs der eigenen Währung gegenüber den Währungen der Handelspartner bzw. dem US-Dollar als Leitwährung ab. Wenn ein Land den Umtauschkurs der eigenen Währung drücken kann, sinken die Preise einheimischer Produkte auf dem Weltmarkt; die Exportunternehmen werden scheinbar wettbewerbsfähiger. An ihrer Innovationskraft oder Produktivität hat sich aber nichts verbessert, im Gegenteil: Eine derartige Wechselkurspolitik verringert den Wettbewerbsdruck auf die heimischen Unternehmen. Zugleich verteuern sich durch den sinkenden Wechselkurs die Importe. Verbraucher müssen deswegen mehr für Importwaren und Unternehmen mehr für Rohstoffe und Vorprodukte

aus dem Ausland bezahlen. Mit dieser Politik wird eine höhere Teuerungsrate „importiert“ und internationale Wettbewerbsfähigkeit nur vorgegaukelt.

Währungsunion und Wettbewerbsfähigkeit

Seit Einführung des Euro besitzen weder Griechenland noch andere Euroländer ein „Wechselkursventil“ (Joachim Starbatty). Damit wirken sich unterschiedliche Lohn- und Preisentwicklungen sowie ungleiche Produktivitätsfortschritte in Griechenland und beispielsweise in Deutschland direkt auf die Wettbewerbskraft der Unternehmen in den Ländern aus. Gäbe es noch D-Mark und Drachme, würde die Währung von Ländern mit Lohnzurückhaltung und starker Produktivitätszunahme (zum Beispiel Deutschland) aufgewertet. Länder mit starken Lohnzuwächsen bei schwacher Produktivitätsentwicklung (beispielsweise Griechenland) würden ihre Währung abwerten. Die Folge: Deutsche Produkte würden teurer und griechische Produkte billiger auf den internationalen Märkten.

Da in der Europäischen Währungsunion dieses Wechselkursventil fehlt, entstehen Leistungsbilanzüberschüsse in Ländern wie Deutschland und Handelsbilanzdefizite in Ländern wie Griechenland. Ersteres lässt sich als Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen – nicht Deutschlands! –, Letzteres als Schwäche der griechischen Unternehmen lesen. Beides sind jedoch die Seiten ein und derselben Medaille.

Deshalb sind die Empfehlungen, Griechenland müsse sich an Deutschland orientieren und auf Exporte setzen, mit Vorsicht zu genießen. Es können nicht alle Staaten gleichzeitig Exportüberschüsse erwirtschaften, da sich die Exporte und Importe weltweit zwangsläufig entsprechen müssen. Der Abbau des Defizits in einem Land geht in der Regel mit dem Abbau des Überschusses anderer Länder einher. Wenn griechische Unternehmen international wettbewerbsfähiger werden, dann holen sie damit auch gegenüber – und eventuell zulasten – der deutschen Unternehmen auf.

Entgegengesetzte Empfehlungen, Deutschland solle sich zurücknehmen und weniger exportieren, gehen ebenso in die falsche Richtung. Denn das würde bedeuten, wettbewerbsfähige Unternehmen zu bremsen. Damit gäbe man Wettbewerb und Marktwirtschaft als Basis der Wirtschaftsordnung auf. Nur wenn die Politik eines Landes aktiv Exporte befördert oder Importe behindert, wäre das zu kritisieren. Dies trifft für Deutschland aber nicht zu. Nichtsdestotrotz sollten Exportüberschüsse nicht zum wirtschaftspolitischen Ziel erkoren werden. Sind Verbraucher und ihre Bedürfnisse der Maßstab für Wirtschaft und Politik, können Exporterlöse nur als Voraussetzung für die Importe ausländischer Waren interpretiert werden. Nur mit den entsprechenden Devisen können die Dinge gekauft werden, die im Inland nicht verfügbar sind und deshalb importiert werden müssen.

Die mediale und politische Konzentration auf Exporte und Exportunternehmen entspringt einer betriebswirtschaftlichen Sicht: Für Unternehmen ist es zielführend, möglichst viel zu verkaufen. Für eine Volkswirtschaft, die den Menschen bzw. der Gesellschaft dient, ist dies nicht sinnvoll. Auch weil mit dem Güterexport ein Kapitalexport einhergeht. Dieses Kapital finanziert die Güterkäufe anderer Länder, die sich diese eigentlich nicht leisten können. Damit aber fehlt das Kapital für Investitionen im Inland, die ihrerseits Basis zukünftiger Unternehmenserfolge sein könnten.

Fazit: Mehr Wettbewerb!

Die geringe Wettbewerbsfähigkeit griechischer Unternehmen ist durch die gemeinsame Währung und die Finanzkrise deutlich geworden. Es liegt jetzt an den griechischen Unternehmen, durch Innovationen und Restrukturierungen an Produktivität und Wettbewerbskraft hinzuzugewinnen. Dazu bedarf es auch politischer Unterstützung. Dies darf allerdings nicht dazu führen, die fehlende Wettbewerbsfähigkeit einfach durch Subventionen oder andere Transfers zu übertünchen. Stattdessen muss die Politik mit guter Ordnungspolitik dafür sorgen, dass die Unternehmen sich peu à peu dem internationalen Wettbewerb stellen. Denn nur im echten Wettbewerb werden Unternehmen „wettbewerbsfest“ – international, aber auch national.

Lars Vogel



„Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen:

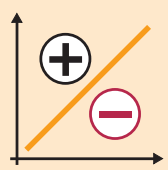
Ist sie auch wirklich vernünftig?“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

November 2011

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung Die Zahl der Menschen ohne Arbeit ist im Oktober auf 2,74 Millionen gesunken. Das waren 59 000 weniger als im September und 204 000 weniger als vor einem Jahr.

Trotz Rückgangs wurde die offizielle Arbeitslosenzahl der Bundesagentur für Arbeit (BA) als - negative - Überraschung gewertet: Rechnet man jahreszeitliche Schwankungen heraus, stieg die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum September um 10 000 auf 2,941 Millionen an. Experten waren dagegen von einem saisonbereinigten

Rückgang der Arbeitslosigkeit um 10 000 bis 17 000 ausgegangen.

Eigenverantwortung Zwei Monate vor Jahresfrist stehen knapp 2,7 Millionen neue Personenkraftwagen (Pkw) in der Jahresbilanz des Kraftfahrtbundesamtes, ein Plus von 9,8 Prozent zum Vorjahr. Herrscht demnach Grund zur Freude für die Autoindustrie? Möglicherweise; allerdings waren bis zu 63 Prozent der neu zugelassenen Autos Dienstfahrzeuge.

Auffällig ist in jedem Fall: Pkw mit Elektroantrieb stehen weit oben auf der Wunschliste der Politiker. Gemäß Autoherstellern kommen auch mehr E-Modelle auf den Markt. Doch die Zulassungen spiegeln das politische Interesse nach E-Mobilen keinesfalls wider: Bis Ende September wurden gerade 1 786 Elektro- und 9 214 Hybrid-Pkw neu registriert. Stattdessen wurden von den Autokäufern große Fahrzeuge nachgefragt: Großraum-Vans, Geländewagen und Oberklasse-Fahrzeuge verzeichnen deutlich mehr Zulassungen als 2010 (bis zu 40 Prozent Zuwachs). Auch

Neuzulassungen 2011

Personenkraftwagen	
Januar	211 056
Februar	224 426
März	327 921
April	266 251
Mai	304 543
Juni	288 382
Juli	260 907
August	237 561
September	280 689
Oktober	258 253

Quelle: Kraftfahrtbundesamt

Mini-Vans und Pkw der „oberen Mittelklasse“ weisen überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Politisches Ansinnen und Verbraucherwunsch: Zwei Welten prallen aufeinander.

Geldwertstabilität

Wer eine Lebensversicherung abschließt - insgesamt rund 90 Millionen Lebensversicherungsverträge registrierte die Branche 2010 -, dem garantieren die deutschen Versicherungen eine Mindestverzinsung. Damit die Versicherungsgesellschaften nur seriöse Zusagen geben und große Risiken bei der Kapitalanlage vermeiden, schreibt das Bundesfinanzmi-

nisterium eine Höchstgrenze für diesen Garantiezins vor. Das Ministerium passt den Zins an, wenn die Umlaufrendite - die durchschnittliche Rendite aller Euro-Staatsanleihen - im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre sinkt oder steigt. Der Garantiezins liegt momentan bei 2,25 Prozent; ab 1. Januar 2012 wird dieser Satz auf 1,75 Prozent sinken.

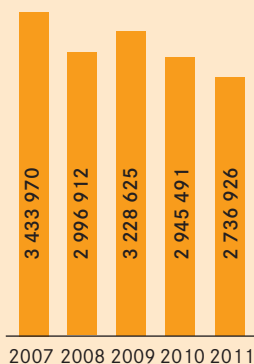
Wenn - wie Wirtschaftsforscher und Europäische Zentralbank (EZB) für das kommende Jahr prognostizieren - die Inflationsrate bei zwei Prozent liegt, bleibt vom zugesagten Garantiezins nichts mehr übrig: Die Inflation macht die Sparanstrengungen der Versicherten zunichte.

Garantiezins

in Prozent, bei Vertragsabschluss	
bis Juni 1986	3,00
ab Juli 1986	3,50
ab Juli 1994	4,00
ab Juli 2000	3,25
ab Januar 2004	2,75
ab Januar 2007	2,25
ab Januar 2012	1,75

Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft

Arbeitslose



jeweils Oktober
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/dpa (innen), Mary Evans Picture Library
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard